

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Louis,
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
Sehr verehrte Zuhörerinnen und -hörer im Saal,
Sehr geehrte Vertreter der Presse,

heute stehe ich vor Ihnen zur Aussprache über den uns vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 2023. Am Anfang des letzten Jahres hatten wir alle die Hoffnung, dass trotz Corona-Pandemie und dem Hochwasserereignis im Sommer 2021, das neue Jahr 2022 bezüglich negativer Auswirkungen ein besseres wird. Leider sind wir durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine schnell eines Besseren belehrt worden. Durch die deutsche und europäische Abhängigkeit von Putin's Zapfhahn gab es bezüglich der Gas- und Spritpreise nur eine Richtung: und zwar nach oben.

Dies hat nicht nur unsere Bevölkerung, sondern ebenfalls unsere Wirtschaft hart getroffen. Umso verwunderlicher ist es, dass die Gewerbesteuer hier in Heinsberg dennoch scheinbar durch die Decke schießt. Sind wir im Plan 2022 noch von 27.250.000 Millionen ausgegangen, so ist die Planschätzung in dem uns vorliegenden Haushalt bereits bei 31.250.000 Millionen € angelangt. Eine Steigerung von 4 Millionen €. Ausweislich der letzten Mitteilung über die finanzielle Entwicklung in der Stadt Heinsberg vom 14.10.2022 betragen die Erträge aus der Gewerbesteuer über 37,4 Millionen €. Damit scheint die tatsächliche Entwicklung der aktuellen Planung nicht nur zu entsprechen, sondern viel mehr noch weit zu übertreffen. Die Gewerbesteuerprognose für die Jahre 2024 bis 2026 erregt den Anschein, dass sich die Gewerbesteuer auf diesem hohen Niveau einpendeln wird.

Diese Annahme wirkt erst einmal beruhigend, aber ist Sie auch realistisch? Keiner von uns wird dies - weder positiv noch negativ - verlässlich voraussagen können. Denn die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, wie schwankend die Einnahmen der Gewerbesteuer sein können. Insofern birgt die relativ hohe Veranschlagung der Gewerbesteuer über einen so langen Zeitraum wie die mittelfristige Finanzplanung sicherlich auch ein Risiko im Heinsberger Haushalt. Die Gewerbesteuer trägt auch einen erheblichen Anteil an der Steigerung der veranschlagten Erträge in 2023. Mit 136 Millionen Euro weist der Haushalt 2023 im Vergleich zum Vorjahr Mehrerträge in Höhe von 14,5 Millionen Euro aus.

Korrespondierend hierzu steigen aber leider auch die Aufwendungen, so dass es letztlich bei einem Netto-Defizit in Höhe von 900.000 Euro verbleibt, das aus der Rücklage abzudecken ist. Warum spreche ich von einem Netto-Defizit? Zu berücksichtigen ist, dass wir Mittel in nicht unerheblicher Höhe aufgrund gesetzlicher Vorgaben „isolieren“ können. Ursächlich sind hier die Corona-Pandemie und zwischenzeitlich auch der Ukraine Krieg. Wir sprechen hier immerhin von 5,5 Millionen €. Natürlich hat weder der Bürgermeister noch die Verwaltung oder wir, die dem Rat angehörenden Stadtverordneten, diese zusätzlichen Aufwendungen zu

verantworten, dennoch müssen wir uns mit dieser zusätzlichen Belastung auseinandersetzen. Denn sie ist nun einmal da und vor allem eine Hypothek auf die Zukunft.

Unter dem Strich sprechen wir also nicht von einem Defizit von 900.000 €, sondern von einem Defizit von 6,4 Millionen Euro und ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt, auf welchen horrenden Betrag sich diese Belastung auftürmt. Spätestens im Jahre 2025 müssen wir uns entscheiden, was wir mit den angehäuften „zusätzlichen Schulden“ machen. Auf einen Schlag tilgen oder über 50 Jahre abschreiben.

Bei unserer derzeitigen Ausgabenpolitik fällt der Glaube an eine einmalige Tilgung momentan mehr als schwer. Aber ich sage es Ihnen schon heute, mit Blick auf die zukünftigen Generationen: eine 50-jährige Abschreibung ist mit der SPD im Rat der Stadt Heinsberg nicht zu machen. Nur wenn wir wirklich seriös an morgen denken wollen, dann müssen wir heute damit anfangen zu sparen.

Alleine die Abschreibung würde nach heutigem Stand die Stadt Heinsberg mit jährlich 500.000 € belasten und das über 50 Jahre. Ist das unser gewolltes politisches Erbe an unsere Nachkommen? Das kann und darf nicht der Ansatz einer generationengerechten Finanzpolitik sein.

Und wir wissen auch jetzt schon wie der allgemeine Tenor die nächsten Jahre sein wird:

Wir Kommunen können ja nichts dafür.

Stimmt, wir alle hier können nichts dafür, aber wir alle entscheiden spätestens im Jahr 2025 darüber ab, wie zukünftig die Haushaltspolitik aussehen wird.

Mehr als ärgerlich ist es, dass die positiven Heinsberger Effekte der gestiegenen Steuerkraftmesszahl im Vergleich zum Vorjahr durch die Schwarz-Grün geführte Landesregierung bestraft werden. Die Schlüsselzuweisungen sinken für die Stadt Heinsberg um 1,9 Millionen Euro, nach dem Sie bereits im Vorjahr um 2,7 Millionen gesunken sind. Das sind in Summe 4,6 Millionen € weniger innerhalb von 2 Jahren. Ist es nicht vor allem die CDU auf Landes- und Bundesebene die keinen Tag versäumt zu predigen: „Leistung muss sich lohnen!“. Leider gilt das nicht für Kommunen oder Städte wie Heinsberg.

Bleiben wir im Haushaltsplan 2023: Wenn man die Seiten 8 bis 10 inhaltlich zusammenfasst, fällt ein Wort immer wieder auf: Preissteigerung!! Energiepreise = Preissteigerung; Baumaterial = Preissteigerung; Tarifverhandlungen = Preissteigerung.

Ein altes Sprichwort heißt „ Spare, spare denn dann hast Du in der Not“. Doch wo sind unsere Möglichkeiten zum sparen? Und setzen wir die Sparmöglichkeiten auch seriös um?

Werfen wir einen Blick auf die Instandsetzung und Sanierungsmaßnahmen: Bei der Schulhofsanierung der Grundschule Karken, der Sanierung der Mehrzweckhalle Kirchhoven, der Sanierung der Grundschule Dremmen und der Dachsanierung an der Mehrzweckhalle Straeten und der Grundschule in Heinsberg handelt es sich um Projekte, die unsere volle Unterstützung und Zustimmung finden. Unsere Schulen und Mehrzweckhallen müssen unsere oberste Priorität im Bereich der Instandsetzung / Sanierung haben.

Dass dies auch auf die Erneuerung der Sanitäranlagen im Verwaltungsgebäude zutrifft muss ich hier leider verneinen. Solange es Schülerinnen und Schüler gibt, die auf unseren Grundschulen und weiterführenden Schulen keine vernünftigen Sanitäranlagen vorfinden, solange können wir diese Maßnahme nicht befürworten. Nennen Sie es Populismus oder Symbolpolitik, diesen Vorwurf halten wir mit Blick unsere Schülerinnen und Schüler gerne aus.

Kommen wir nun zur Investitionstätigkeit: Im Plan für 2023 sind hierfür fast 29 Millionen veranschlagt, eine gewaltige Summe, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Investitionssumme vor zwei Jahren noch bei knapp unter 10 Millionen lag und zukünftig bis zum Jahr 2026 auch wieder auf gut 10 Millionen runtergeht. Auch wenn das 2022er Niveau in der mittelfristigen Finanzplanung wieder erreicht werden soll, ist die Steigerung in diesem Jahr doch gigantisch.

Uns als SPD-Fraktion stellt sich damit die grundlegende Frage, ob wir uns nicht finanziell, aber auch personell, überheben. Ist die Abarbeitung dieser Summe und der dahinterstehenden Maßnahmen händelbar oder wird hier gerade im Bereich der Gebäudewirtschaft nicht mehr als am Anschlag gefahren?

Da auch in diesem Jahr Investitionskredite nicht veranschlagt werden und die Nachhaltigkeitssatzung, was wir außerordentlich begrüßen, nicht in Frage gestellt wird, wird deutlich, dass wir unsere Investitionen aus der vorhandenen Liquidität finanzieren. Doch wie lange wird das gut gehen?

Ich möchte deutlich hervorheben, dass es sich bei den meisten Investitionsmaßnahmen um solche handelt, die vollumfänglich von der SPD mitgetragen wurden und werden. Aber muss das alles in einem so kurzen Zeitraum vollzogen werden? Ist plötzlich alles Wünschenswerte möglich und das sofort?

Die nachfolgend schon beschlossenen Investitionen, allen voran die beiden Feuerwehrgerätehäuser in Waldenrath/Straeten und Porselen und die geplante Fahrzeugbeschaffung für unsere Freiwillige Feuerwehr, wie laut

Brandschutzbedarfsplan beschlossen, sind unantastbar. Auch die Erweiterung der Grundschule Dremmen, die Erweiterung der Realschule Heinsberg und der Neubau für den Grundschulverband Grebben-Schafhausen in Grebben sind Maßnahmen die seitens der SPD Ihre Zustimmung fanden. Die Sanierung der Strasse Ostpromenade wird sicherlich zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen führen, die aber unumgänglich sind und auch hier hat die SPD der Maßnahme bereits zugestimmt.

Auch der Freizeit- und Sportpark „Wurmaue“ nimmt endlich Fahrt auf. Hier kann man sagen besser spät als nie! Des Weiteren wird der Dorfplatz in Dremmen umgebaut und neugestaltet. Dies wurde im Vorfeld per Workshop in Zusammenarbeit mit den Dremmener Ortsvereinen und der Bevölkerung besprochen, beratschlagt und diskutiert. Das Entwurfsergebnis kann sich sehen lassen. Diese Form der Bürger- und Ortsbeteiligung ist mehr als zielführend und lobenswert. Aber spätestens ab jetzt stellt sich uns die Frage, ob die neuen im Haushalt eingeplanten Investitionen sofort sein müssen.

Eine langjährige Forderung der Heinsberger SPD Fraktion ist, die Einhaltung des § 13 der KomHVO bei zukünftigen Investitionen. Es ist bekannt, dass wir von dieser Forderung keinen Zentimeter abweichen. Daher ist es für uns mehr als verwunderlich, im Haushaltsentwurf 500.000 € in diesem und 460.000 € im nächsten Jahr für einen Ersatzneubau Sportplatz Schafhausen zu finden.

Ich zitiere aus dem § 13 KomHVO Absatz 2: „Ermächtigungen für Baumaßnahmen dürfen im Finanzplan erst veranschlagt werden, wenn Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Gesamtkosten der Maßnahme, getrennt nach Grunderwerb und Herstellungskosten, einschließlich der Einrichtungskosten sowie der Folgekosten ersichtlich sind und denen ein Bauzeitenplan beigelegt ist. Die Unterlagen müssen auch die voraussichtlichen Jahresauszahlungen unter der Angabe der Kostenbeteiligung Dritter, und die für die Dauer der Nutzung entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen ausweisen.“ Zitat Ende.

Wo, so frage ich Sie, sind diese Unterlagen? Nichts aber auch gar nichts von dem ist hier nach zu lesen, geschweige denn vorab als Information zur Verfügung gestellt worden. Hier scheint man leider in alte Strickmuster zu verfallen. Hier wird wieder der zweite vor dem ersten Schritt gemacht. Vor allem wenn man sieht, dass es sich bei der Planungssumme um die gleiche Summe handelt wie für den Kunstrasenplatz in Heinsberg Lieck. Ein Schelm, der Schlimmes dabei denkt. Kommt jetzt hier der Kunstrasenplatz durch die Hintertüre?

Verstehen Sie uns nicht falsch, wir haben weder etwas gegen Schafhausen noch gegen andere Ortschaften und Vereine, aber Transparenz, Offenheit, Fairness anderen Orten und Vereinen gegenüber sieht anders aus. Reicht der Imageschaden durch den Schiffbruch bezüglich der völlig desolaten Planung eines

Kunstrasenplatzes an der Schafhausener Strasse nicht? Diese Vorgehensweise ist ein No Go und Schlag ins Gesicht, z.B. für Dremmen und Waldenrath. Diese Ortschaften/Vereine, die in Eigenregie Ihre Kunstrasenplätze gebaut haben, müssen sich ja komplett verarscht vorkommen. Was musste hier seitens dieser Vereine nicht im Vorfeld alles erbracht und erfüllt werden, um die städtische Förderung zu bekommen.

Und jetzt wird hier komplett gegen die KomHVO verstoßen. Diese Vorgehensweise und Missachtung von Verordnungen können wir so nicht mittragen. Wir verlangen vom Bürger Recht und Ordnung, derselbe Maßstab muss auch für Politik und Verwaltung gelten.

Was passiert, wenn dies nicht geschieht, sieht man auch im Haushaltsentwurf dieses Jahres. Das Bürgerhaus Aphoven kostet die Stadt Heinsberg über 1,3 Millionen €, nach ursprünglich veranschlagten 500.000 €. Diese Maßnahme ist gegen das geltende Recht der KomHVO seitens der CDU durchgeboxt worden. Natürlich entsteht dort ein Bürgerhaus, das mehr als vorzeigbar ist und das einen unschätzbaren Wert für die Bevölkerung und die Vereine in Aphoven darstellt. Die dort erbrachte Eigenleistung und das bürgerliche Engagement kann man nur in den höchsten Tönen loben und erwähnen.

Das alles will und werde ich hier nicht in Abrede stellen. Und trotzdem muss und sehe ich es als meine Pflicht an, als Kommunalpolitiker und als Ratspartei, den Missstand der Missachtung der KomHVO anzuprangern. Der Zweck heiligt nicht die Mittel und Recht muss Recht bleiben!!! Auch wenn das Ergebnis am Ende ein gutes ist! Zudem darf ich hier die Frage aufwerfen, ob dieses Projekt überhaupt verwirklicht worden wäre, wenn das Investitionsvolumen von vorneherein bekannt gewesen wäre. Und welches Anspruchsdenken erwächst bei dem ein oder anderen Ortsvorsteher, insbesondere größerer Ortsteile, aufgrund dieser Vorgabe?

Ähnlich muss man auch die Investitionsmaßnahme für den Bau eines Lehrerparkplatzes an der Grundschule Randerath sehen. Auch hier muss - wie bereits oben angeführt - gelten, solange die Sanitäreanlagen und Klassenräume für unsere Schülerinnen und Schüler nicht in einem guten Zustand sind, halten wir nichts davon den Anspruch und das Privileg einen Lehrerparkplatz zu bauen, zu erfüllen. Unsere Schulen müssen fit und modern für die Zukunft gestaltet werden, dazu gehört sicherlich ein Lehrerparkplatz in der Priorität nicht an vorderster Stelle!

Bei fit und modern zitiere ich gerne aus meiner Haushaltsrede vom vergangenen Jahr: Zitat .“Wenn wir von fit und modern sprechen, darf an dieser Stelle die Festhalle Oberbruch nicht fehlen. Dieses Heinsberger Wahrzeichen erstrahlt nach der Sanierung und zur Wiedereröffnung im Frühjahr 2022 wieder im alten und neuen Glanz. Vielen Unkenrufe zum Trotz hat die SPD-Fraktion von Anfang an die Renovierung der Festhalle gefordert und unterstützt. Dennoch gehört die größte

Anerkennung und der größte Dank der IG 2020, denn ohne den ehrenamtlichen Einsatz des ganzen Vereins wäre die Festhalle nicht zu retten gewesen.“ Wer von Ihnen an der Wiedereröffnung teilnehmen durfte, oder schon eine der zahlreichen Veranstaltungen dort besucht hat, konnte sich von diesem Schmuckstück und Aushängeschild der Stadt Heinsberg überzeugen.

Im Bereich Personals ist wie im Vorjahr für das Jahr 2023 ein Zuwachs zu verzeichnen, der vor allem in den gestiegenen Anforderungen im Bereich der Kita´s seine Gründe hat. Anzumerken ist auch, dass im Bereich der laufenden Verwaltung ein Minus von 14,5 Millionen € im Haushalt steht, eine Entwicklung die sicherlich nicht als gesund bezeichnet werden kann.

Im Haushaltsentwurf Seite 82 bleiben die Abschreibungen in etwa konstant, da die neuen Investitionen noch nicht aktiviert wurden. Die Vielzahl der noch zu erwartenden Abschreibungen nach endgültiger Fertigstellung werden ebenfalls die zukünftigen Haushalte negativ belasten und beeinflussen.

Das Thema Klimaschutz wird, wie bereits im letzten Jahr angesprochen, die nächsten Jahre ein fortlaufendes Thema der zukünftigen Ratsarbeit sein. Auch hier hat der Rat und die Stadt Heinsberg mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept und „Heinsberg blüht auf“ positive Maßnahmen für die Zukunft auf den Weg gebracht. Gerade bei dem Projekt „Heinsberg blüht auf“ war die Resonanz der Bewerbungen im vergangenen Jahr doch mehr als erfreulich. Man kann daran erkennen, dass dies von den Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg angenommen wird.

Was aber leider verwundert ist, dass im Haushalt keine Maßnahme bezüglich des per Beschluss am 22.06.2022 verabschiedeten Radwegekonzept zu finden ist. Auch unsere Forderung nach einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft stößt leider nach wie vor auf taube Ohren. Desweiteren wird die Schaffung neuer Gewerbeflächen für die Zukunft der Stadt immens wichtig sein, hierzu hat der Arbeitskreis „Flächennutzungsplan“ die Weichen gestellt und es bleibt abzuwarten wie die Bezirksregierung sich positioniert.

Kommen wir zurück zu den vor uns liegenden Haushaltszahlen: Auch in diesem Haushalt stellt die Kreisumlage einen großen Einzelposten im Haushalt dar. Hier bleibt weiterhin die Frage offen, warum sich der Kreis eine Rücklage zu Lasten der angehörigen Kommunen gönnt. Auf diese Schieflage weist die SPD Fraktion Jahr für Jahr hin. Uns ist bewusst, dass es sich hierbei um eine Handlungsweise handelt, die gesetzlich zulässig ist. Nur wäre es aus unserer Sicht auch aus solidarischen Gründen ein starkes Zeichen seitens des Landrates, die Kreisrücklagen stärker zu verringern, zum Wohle der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Aber auch hier lohnt sich der Blick nach vorne. Wie geht denn der Kreis im Jahr 2026 mit den „isolierten Schulden durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg um“.

Für uns als SPD-Fraktion wäre es interessant zu wissen, ob der Kreis für den Fall, dass er die aufgelaufenen isolierten Aufwendungen in späteren Jahren sukzessive abschreibt und diese Abschreibungen über die allgemeine Kreisumlage finanziert, sich auf diesem Weg Liquidität verschafft.

In den letzten Jahren gab es in der Haushaltsplanung nur einen Haushalt der ausgeglichen geplant war. Dennoch waren trotz erheblicher Defizitplanungen die Abschlüsse der Haushalte seit 2015 immer positiv. Es bestand daher immer die Möglichkeit, Überschüsse in die Rücklage einzubuchen. Sich darauf zu verlassen, in diesen fast unplanbaren Zeiten, ist gewagt und mehr als blauäugig. Alleine die Frage, wie bereits vorhin erwähnt: "Wie gehen wir mit den isolierten Schulden aus der Coronapandemie und dem Ukrainekrieg im Jahr 2025 um?", mahnt aus unserer Sicht das Geld, das nicht dringend notwendig ausgegeben werden muss, einzusparen.

Der Krieg ist leider noch nicht vorbei, ein Ende ist nicht absehbar, die Entwicklung der Energiepreise, Materialpreise und Erhaltungskosten nur schwer vorhersehbar. Das Sprudeln der Gewerbesteuer kann schnell vorbei sein. All das benötigt eine hohe Rücklage, wird diese aufgezehrt, droht das Reißen der 5%-Marke und damit schwebt das Damoklesschwert des Haushalts sicherungskonzeptes über uns. Davon sind wir noch ein gutes Stück entfernt, aber wie schnell sich das Rad drehen kann, haben wir in den vergangenen 3 Jahren gesehen. Aus diesem Grunde sollten aus unserer Sicht nur die Maßnahmen umgesetzt werden, die mehr als notwendig und bereits auf den Weg gebracht worden sind.

Es ist uns mehr als bewusst, dass das geplante Haushaltsdefizit zu großen Teilen unverschuldet ist. Dennoch sehen wir erhebliches Einsparpotential. Wie z.B.: vorerst Verzicht auf den Bau eines Lehrerparkplatzes in Randerath und der Sanierung der Sanitäreinrichtungen im Rathaus. Alleine das sind Einsparungen, die mindestens 400.000€ bedeuten. Auch die Missachtung der KomHVO im Bereich Ersatzneubau Sportplatz Schafhausen ist so nicht akzeptabel! Hier würden zumindest für das Haushaltsjahr 2023 zusätzlich 500.000€ eingespart, bis dieses Projekt ordnungsgemäß geplant, berechnet und erläutert ist.

Wir sind uns bewusst, dass viele nicht hausgemachte Faktoren den Haushalt 2023 negativ beeinflussen. Doch müssen wir **jetzt** die Weichen stellen für das Jahr 2026!!

Bei der Beratung des Haushaltes mit meiner Fraktion wurde seitens der Verwaltung zum Schluss über Risiken und Chancen gesprochen. Ich zitiere in Bezug auf die Risiken: Eigenkapitalverzehr durch Plandefizite bis 2026 belastet Haushaltsausgleich - NKF-CUIG-Bilanzierungshilfe = „Zukunftslast“ Zitatende. Des Weiteren zitiere ich in Bezug auf die Chancen: „hohe Selbstfinanzierungskraft durch vorhandene Liquidität, Insbesondere hilfreich zur Überwindung von Krisenzeiten“ Zitatende.

Die Entwicklung der Bilanzposition liquide Mittel verändert sich von 74,6 Millionen im Jahre 2021 auf 3,1 Millionen € in 2026. Das ist ein Verlust von 70 Millionen € in Form liquider Mittel. Hier kann wohl kaum mehr von einer Chance durch vorhandene Liquidität zur Überwindung von Krisenzeiten gesprochen werden, wenn im Jahre 2026 unsere Liquidität planerisch fast aufgezehrt ist. Weitsicht sieht aus unserer Sicht anders aus. Wir müssen unseren Haushalt krisensicher machen und nicht Wunschkonzerte finanzieren.

Nicht allein die von uns aufgezeigten Einzelmaßnahmen veranlassen uns diesem Haushalt die Zustimmung zu versagen, sondern auch die nach unserer Auffassung zu hohe Inanspruchnahme der liquiden Mittel zur Finanzierung von Investitionen, die kurz- bis mittelfristig ein Volumen angenommen haben, das nach unserer Auffassung nicht umsetzbar ist. Auch der Punkt, dass aus unserer Sicht die möglichen Einsparpotentiale nicht konsequent ausgenutzt zur Sicherung der finanziellen Belastung im Jahr 2026 werden, veranlasst uns zur Entscheidung, den vorliegenden Haushalt abzulehnen.

Des Weiteren kündige ich bereits hier und jetzt der Fairness halber an, dass wir ,sollte der uns hier vorliegende Haushalt so verabschiedet werden, gegen den Beschluss Beschwerde bei der Kommunalaufsicht einlegen werden. Denn dieser uns vorliegende Haushalt verstößt ganz klar gegen die bereits von mir zitierte KomHVO.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Ein besonderer Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Louis und Ihnen, sehr geehrter Herr Schmitz, sowie den zahlreichen Helfern für die Darstellung des Haushaltsentwurfs 2023 und Ihre erläuternden Vorbemerkungen und die ergänzenden Ausführungen auf Fragen aus meiner Fraktion. Wir bitten Sie, den Dank der SPD-Fraktion an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Heinsberg, 01. Februar 2023

Jochen Lintzen

Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt Heinsberg